Türkisch-Unterricht in der Kritik: Erdogans Einfluss auf unsere Schulen?

Debatte in Baden-Württemberg: Türkisch-Unterricht unter Konsulatssteuerung sorgt für Bedenken in Schulen und Politik.



Tuttlingen, Deutschland - Explosive Debatte in Baden-Württemberg: Der Türkisch-Unterricht in Schulen zieht erneut scharfe Kritik auf sich. Vor allem im Fokus: die dominierende Hand Erdogans. Dank des "Konsulatsmodells" liegt der Türkisch-Unterricht nicht unter der Fuchtel deutscher Bildungsaufsicht. Vielmehr wird er von den Konsulaten, Abgesandte Erdogans, organisiert – eine voller Sprengstoff geladene Tatsache, die so manchem Landespolitiker die Nackenhaare aufstellt. "Wir lassen es zu, dass ein islamistischer Autokrat direkt in unsere Klassenzimmer hineinwirkt", wettert Oberbürgermeister Michael Beck aus Tuttlingen in einem flammenden Appell an Ministerpräsident Kretschmann.

Unbeeindruckt von der Kontroverse bleibt das Konsulatsmodell hartnäckig in Bayern und Baden-Württemberg bestehen, ungeachtet dass der Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Landesregierung von 2021 die Abschaffung beschworen hatte. "Der türkische Konsulatsunterricht steht unter Verdacht, tendenziös und integrationsfeindlich zu sein," mahnte CDU-Bildungspolitiker Andreas Sturm und trifft gleichwohl ins Schwarze des gesellschaftlichen Pulvers.

Misstrauen an Schulen wächst

Oberbürgermeister Becks feuriger Brief warf jedoch wegen eines kapitalen Fehltritts mehr Fragen als Antworten auf. Fälschlich vermengte er die Ditib, die Türkisch-Islamische Union, mit den Unterrichtsorganisatoren, was prompt zu Stirnrunzeln führte. Dennoch bleibt die Flamme des Misstrauens in vielen Schulen hell. "Viele Schulleiter haben ein ungutes Gefühl", enthüllt ein ehemaliger Rektor aus Baden-Württemberg und erinnert sich an einen wütenden türkischen Lehrer, dessen Schreie ihn bis ins Mark erschüttert haben. Einflussnahme? Fehlanzeige.

Kultusministerium unter Druck

Der innere Zirkel der Türkisch-Lehrerauswahl liegt im Schoß des türkischen Bildungsministeriums. Die schulischen Inhalte erreichen über umfassende Jahrespläne auch des Kultusministeriums Schreibtisch – zur Abänderung und Verbesserung, so die offizielle Linie. Doch die Opposition im Landtag – SPD und FDP – fordert vehement, dass der Herkunftssprachen-Unterricht unter staatliche Kontrolle gehöre. Warum Grün-Schwarz "nicht den Mut hat", das endlich umzusetzen, ist Bildungspolitiker Stefan Fulst-Blei von der SPD ein Rätsel. Spannungsgeladen bleibt das Thema allemal, gespannt wird nun auf die Antwort des Kultusministeriums auf Becks Brandbrief gewartet.

Details	
Vorfall	Bildungspolitik
Ort	Tuttlingen, Deutschland
Quellen	 www.schwaebische.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at